



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg, SVP-Fraktion:
Beteiligung des Bundes an den Kosten für Gefängnisplätze**

Autor/in: [Hans-Jürgen Ringgenberg](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 16. Januar 2014

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Seit dem Beitritt zum Schengen-Abkommen und dem vom Bund vollzogenen massiven Abbau der Grenzschutz sind für die Kriminaltouristen Tür und Tor geöffnet. Die Grenzüberschreitung bietet keinerlei Hindernisse mehr und die Strafverfolgungsbehörden sind permanent mit der Ergreifung und Verarrestierung von Kriminaltouristen beschäftigt.

Dies führt in der Praxis dazu, dass sämtliche Baselbieter Gefängnisse bis unters Dach gefüllt sind und von der Regierung laufend neue Gefängnisplätze bewilligt werden müssen. Konkret wurden deshalb in den letzten Monaten in Laufen, Arlesheim und Liestal neue Haftkapazitäten geschaffen.

Unserem Kanton entstehen als Grenzkanton somit durch die offenen Grenzen laufend zusätzliche Kosten. Bereits mit dem Budget wurde für den Betrieb des Bezirksgefängnisses Arlesheim für 7 Monate Fr. 1,185 Mio. bewilligt. Die Kosten für die Gefängniscontainer in Liestal sollen rund Fr. 1,5 Mio. betragen und die laufende Rechnung dieses Jahres belasten.

Da die Entscheide des Bundes direkt mit dieser Entwicklung zusammenhängen (insbesondere der Abzug der Grenzschutz), ist es nicht mehr als richtig, wenn man sich als negativ betroffener Kanton auch die Frage stellt, ob nicht der Bund sich an diesen zusätzlichen Gefängniskosten beteiligen muss.

Unser Kanton sollte deshalb, zusammen mit den anderen Grenzkantonen, in Bern vorstellig werden und die Beteiligung des Bundes an diesen Mehrkosten verlangen, sei es als direkte Subvention oder im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs. Als Kanton, der bekanntlich finanziell nicht auf Rosen gebettet ist, ist es mehr als opportun, eine solche Kostenbeteiligung einzufordern.

Der Regierungsrat wird deshalb beauftragt, zu prüfen und zu berichten, inwieweit eine solche Kostenbeteiligung des Bundes erwirkt werden kann und die notwendigen Massnahmen in diese Richtung ergriffen werden können.